

Europäischer Ansatz zur künstlichen Intelligenz

Der Ansatz der Europäischen Union zur künstlichen Intelligenz (KI) betont Exzellenz und Vertrauen und zielt darauf ab, Forschung und industrielle Kapazitäten zu stärken und gleichzeitig Sicherheit und Grundrechte zu gewährleisten. Diese Strategie ist darauf ausgelegt, die EU zu einem globalen Zentrum für KI zu machen, wobei sichergestellt wird, dass KI-Technologien menschenzentriert und vertrauenswürdig sind. Schlüsselkomponenten der KI-Strategie der EU, eingeführt im April 2021, umfassen:

Förderung der Exzellenz in KI: Die EU strebt danach, ihre globale Wettbewerbsfähigkeit in KI zu verbessern, indem sie die Entwicklung und Adoption von KI-Technologien fördert, sicherstellt, dass KI der Menschheit dient und eine Kraft zum Guten in der Gesellschaft ist. Strategische Führung in einflussreichen Industrien ist ebenfalls ein Ziel. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, die Exzellenz in KI durch koordinierte Politik- und Investitionsbemühungen zu steigern. Die Programme "Horizont Europa" und "Digitales Europa" werden jährlich 1 Milliarde Euro in KI investieren, mit zusätzlichen Investitionen aus dem privaten Sektor und der Mitgliedstaaten, die voraussichtlich jährlich 20 Milliarden Euro über das digitale Jahrzehnt erreichen werden. Die Aufbau- und Resilienzfazilität stellt 134 Milliarden Euro für digitale Übergänge bereit und markiert einen bedeutenden Schritt zur Verbesserung der Ambitionen Europas in der Entwicklung fortschrittlicher, vertrauenswürdiger KI.

Europäischer Ansatz für Vertrauen in KI:

Die Etablierung von vertrauenswürdiger KI beinhaltet die Schaffung einer sicheren und innovationsfreundlichen Umgebung für Nutzer, Entwickler und Anbieter. Die EU hat drei miteinander verbundene rechtliche Initiativen vorgeschlagen, um Vertrauen in KI aufzubauen, einschließlich eines europäischen Rechtsrahmens für KI, der Grundrechte und KI-spezifische Sicherheitsrisiken anspricht, eines Rahmens für zivilrechtliche Haftung, der Haftungsregeln an das digitale Zeitalter und KI anpasst, und einer Überarbeitung der sektoralen Sicherheitsvorschriften.

KI-Gesetz:

Der vorgeschlagene KI-Act führt einen risikobasierten Ansatz ein, der KI-Technologien in vier Risikostufen von minimalem bis inakzeptablem Risiko kategorisiert, mit spezifischen Regeln für allgemeine KI-Modelle. Dieser Rahmen zielt darauf ab, Entwicklern, Anbietern und Nutzern Klarheit zu geben, indem nur in Fällen eingegriffen wird, die nicht von bestehenden nationalen und EU-Regelungen abgedeckt sind.

Deutsches Gesetz zur Künstlichen Intelligenz

Das deutsche Gesetz zur künstlichen Intelligenz (KI-Gesetz) ist ein Vorschlag der Europäischen Kommission für eine EU-Verordnung zur Regulierung von KI und markiert die erste umfassende Regulierung von KI weltweit. Die Verordnung nimmt einen risikobasierten Ansatz an und kategorisiert KI-Technologien in vier Risikokategorien von inakzeptablem Risiko bis zu keinem/niedrigem Risiko, mit

zugehörigen Verboten und Compliance-Anforderungen. Technologien, die inakzeptable Risiken darstellen, wie Social Scoring oder bestimmte Aspekte der biometrischen Überwachung, sollen verboten werden.

Das KI-Gesetz schlägt die Schaffung eines Europäischen KI-Ausschusses und nationaler Behörden vor, die mit der Möglichkeit zur Verhängung von Bußgeldern für die Durchsetzung befugt sind. Der Gesetzgebungsprozess für das KI-Gesetz begann mit dem Entwurf der Europäischen Kommission, der am 21. April 2021 veröffentlicht wurde, gefolgt von umfangreichen Änderungen und Diskussionen. Der Prozess befindet sich derzeit in den Trilog-Verhandlungen zwischen den EU-Gesetzgebungsorganen, wobei eine Einigung bis Ende 2023 oder 2024 erwartet wird. Die Verordnung wird zwei Jahre nach ihrer Annahme Anwendung finden, wobei jüngste Diskussionen um KI-Chatbots wie ChatGPT den gesetzgeberischen Zeitplan und die Forderungen nach einer stärkeren Regulierung von Allzweck-KI beeinflusst haben.

Kritiker aus Industrieverbänden haben Bedenken hinsichtlich der breiten Definitionen, Verbote und komplexen Compliance-Anforderungen des ursprünglichen Vorschlags geäußert, während Bürgerrechtsbefürworter argumentieren, dass der Entwurf in bestimmten Bereichen, wie militärische Nutzung und Ausnahmen für die Strafverfolgung, nicht weit genug geht. Die Entwürfe des EU-Parlaments haben einige dieser Bedenken angesprochen und deuten auf anhaltende Debatten und Anpassungen der vorgeschlagenen Regulierung hin.